

Kollektive Selbstbestimmung in Autokratien?

Agenda-Building im Zusammenspiel von (digitalen) Medien und Aktivisten bei Anti-Folter-Protesten in Ägypten

Hanan Badr / Carola Richter

Der Beitrag fokussiert auf die Rahmenbedingungen und Mechanismen, die die kollektive Selbstbestimmung politisch marginalisierter Akteure in autoritären Kontexten prägen. Auf der Grundlage des Agenda-Building-Ansatzes analysieren wir, wie es solchen Akteuren gelingen kann, häufig tabuisierte counter-issues einer breiten Öffentlichkeit zugänglich und so dem autoritären Regime die Deutungshoheit streitig zu machen. Nicht zuletzt wird damit auch die Legitimität des Regimes in Frage gestellt. Exemplarisch soll dies an den letzten Monaten der Herrschaft Mubaraks in Ägypten 2010 bis 2011 dargestellt werden. Der Beitrag untersucht empirisch den Fall des Todes von Khaled Said, der als Symbol für willkürliche Polizeigewalt gerahmt wurde, und zeichnet dabei den Transfer der Agenda der Aktivisten in die Agenda der Massenmedien nach. Mittels einer kombinierten quantitativ-qualitativen Inhaltsanalyse wird der Themenzyklus des Falls in zwei Printmedien und einer Facebook-Seite verglichen (N=316). Die Analyse wird ergänzt durch Interviews mit Journalisten und Aktivisten, um die dem erfolgreichen Agenda-Building zugrundeliegenden Mechanismen näher zu beleuchten.

Schlüsselwörter: Aktivismus, Agenda-Building, Khaled Said, Themenzyklus, Ägypten, Arabischer Frühling, autoritäre Staaten, Social Media, Öffentlichkeit, Polizeigewalt

1. Einleitung

Der Menschenrechtspreis von Amnesty International ging 2018 an das ägyptische *Al-Nadeem Center for Rehabilitation of Torture Victims*. Das *Al-Nadeem Center* dokumentiert Menschenrechtsverletzungen in Ägypten und unterstützt die Opfer von Folter bei der Bewältigung der physischen und psychischen Folgen. Die Mitarbeiter des Zentrums tun dies in einem politischen Umfeld, das zivilgesellschaftlichen Aktivitäten regelrecht feindlich gesonnen ist. In den letzten Jahren wurden zahlreiche NGOs in Ägypten verboten, ihre Mitarbeiter verhaftet, ihre Gelder eingezogen (Freedom House, 2017). Dennoch arbeitet dieses Zentrum weiter, obwohl es sich mit einem politisch so heiklen Thema wie staatlicher Gewalt und insbesondere Polizeifolter beschäftigt. Wir sehen in diesem Versuch der zivilgesellschaftlichen Akteure, die Deutungshoheit über die öffentliche Bewertung politischer Vorgänge, wie etwa staatlicher Gewalt, zu erlangen, einen Akt bürgerlicher Selbstbestimmung.

Im Unterschied zu psychologischen Konzepten, die Selbstbestimmung zumeist als individuell-motivationalen Ansatz verstehen (vgl. Lilleker & Koc-Michalska, 2017) oder staats-theoretischen Konzepten, die kollektive Selbstbestimmung mit den Souveränitätsansprüchen von Nationen gleichsetzen (vgl. Ladwig, 2014), konzipieren wir sie demokratietheoretisch als gemeinschaftlich getragene Forderungen nach Befreiung von aufgezwungenen Zuschreibungen und Verhältnissen. Träger dieser Akte sind zumeist lose geformte Gemeinschaften, die „auf der Grundlage hoher symbolischer Integration und geringer Rollenspezifikation“ (Raschke, 1988: 77) Wandel herbeiführen wollen. Ansätze aus der Forschung zu sozialen Bewegungen argumentieren, dass ein geteiltes Empfinden über Ungerechtigkeiten zur Ausprägung einer kollektiven Identität und einer gemein-

sam getragenen Herausforderung der herrschenden Ordnung führen kann (Tilly & Tarrow, 2007). Gerade in autoritären Kontexten rüttelt ein damit einhergehender Kampf um Deutungshoheit an den Pfeilern der Legitimität der Regime, die häufig ihre Macht auf bestimmten Deutungsmustern aufbauen und diese mit allen Mitteln zu verteidigen trachten. Sowohl physische Repression als auch diskursive Marginalisierung sollen Herausforderer dieser Deutungshoheit eindämmen (Skovgaard-Petersen, 2006).

Die Ereignisse des sogenannten „Arabischen Frühlings“ 2011 waren ein Ausdruck ebensolcher Herausforderungen der Machthaber und symbolisieren nach unserem Verständnis geglückte Versuche kollektiver Selbstbestimmung gegenüber autoritären Regimen. In Ägypten beispielsweise haben Aktivisten und Bürger ihre Forderungen nach Würde und Achtung der Menschenrechte zunächst erfolgreich artikulieren können und den Rücktritt des seit fast 30 Jahren herrschenden Präsidenten Mubarak im Februar 2011 erzwungen. Auch wenn dieser Erfolg nicht von Dauer war, ist er doch ein Beispiel für die Durchsetzungsfähigkeit von sich zu Bewegungen formierenden Akteuren mit kollektiv artikulierten Forderungen.

Aber wie genau gelang es, die Deutungshoheit vom damaligen Regime zu „erobern“? Die Forschungsliteratur über die „Arabellionen“ konzentriert sich bisher stark auf die Frage, wie über soziale Medien Menschen zu Protesten mobilisiert werden konnten, und fokussiert dabei auf technische Infrastruktur und Konnektivitäten zwischen Individuen (Abdulla, 2011; Hussain & Howard, 2013; Alaimo, 2015). Die Literatur vernachlässigt dabei, dass sogenannte „counter-issues“, also Themen, die das Regime diskursiv herausfordern können, zunächst erst einmal das – wie Downey und Fenton (2003: 190) es nennen – „radikale Ghetto“ der Aktivisten zirkel verlassen müssen, um eine Vielzahl von Menschen auf eine Problematik aufmerksam zu machen, für oder gegen die es sich lohnt einzutreten.

Entsprechend fragen wir nun, welche Mechanismen dazu beitrugen, die Agenda marginalisierter Aktivistengruppen in eine breite Öffentlichkeit zu tragen. Wir argumentieren unter Rückgriff auf die Agenda-Building-Theorie, dass die in digitalen Medien durch Aktivisten verbreiteten „counter-issues“ erst mittels aufnahmebereiter Mainstream-Medien ein breites Publikum erreichen konnten.

Die letzten Jahre von Mubaraks Herrschaft waren durch ökonomische Krisen und systematische Menschenrechtsverletzungen gekennzeichnet (Soliman, 2011). Vetternwirtschaft, wachsende Einkommensungleichheiten und schwierige Arbeitsbedingungen machten einem Großteil der Bevölkerung zu schaffen. Streiks und Proteste stiegen während der gesamten Dekade ab 2000 massiv an (Weipert-Fenner, 2013). Das Regime versuchte, diese Proteste zu unterdrücken. Die Polizei als ausführendes Organ der Repression spielte dabei eine unrühmliche Rolle. Generell war die Willkür der Polizei ein Problem, das viele Menschen etwa bei Kontrollen erleben mussten. Als die Ägypter 2011 auf dem Tahrir-Platz die Respektierung ihrer Würde einforderten, erhoben sie sich auch gegen die Polizei, die sie als „Symbol der Ungerechtigkeit und Erniedrigung“ empfanden (Ismail, 2012: 450). Im Rückblick wird deutlich, dass neben den wirtschaftlichen Problemen die auch heute noch virulente Problematik der Polizeigewalt dazu geeignet war, Mubaraks Herrschaft diskursiv zu delegitimieren.

Der vorliegende Beitrag untersucht unter Rückgriff auf Inhaltsanalysen und Interviews, wie Aktivisten unter dem Mubarak-Regime die Problematik der Polizeifolter als öffentliches Thema gesetzt, sie in die Öffentlichkeit gebracht und entsprechend breitenwirksam dagegen mobilisiert haben. Im Mittelpunkt der empirischen Untersuchung steht der bekannte Fall des 28-jährigen Khaled Said, der im Juni 2010 von der Polizei in der ägyptischen Küstenstadt Alexandria erschlagen wurde (Human Rights Watch, 2010).

2. Agenda-Building-Theorie in autoritären Kontexten

Der Agenda-Building-Ansatz ermöglicht eine akteurszentrierte Perspektive auf die Entwicklung von Mediendiskursen. Mit dem Ansatz werden die Faktoren untersucht, die hinter einem „transfer of salience between a pair of agendas“ stehen (Funk & McCombs, 2015: 2). Der Ansatz betrachtet mithin die Medienagenda als abhängige Variable und fragt, wer oder was die Medienagenda prägt (McCombs, 2014). Studien vergleichen beispielsweise die Agenden von bestimmten Akteuren wie Politikern, Wahlkampfkandidaten oder sozialen Bewegungen und Medien, um einen möglichen Zusammenhang zwischen dem Aufkommen und Hervorstechen eines Themas in den Medien und dessen Thematisierung durch Akteure nachzuvollziehen. Die Aufmerksamkeit der Medien ist eine knappe Ressource, da unter journalistischen Zwängen der Wirklichkeitsreduktion nur eine begrenzte Anzahl von Themen berichtbar ist. Verschiedene politische Akteure und Gruppen konkurrieren also um Aufmerksamkeit für ein bestimmtes Thema, der Maßgabe folgend: „attention is a key resource“ (Tufekci, 2013).

Klar ist, dass es in Übereinstimmung mit der These „politics comes first“ von Wolfsefeld, Segev & Sheaffer (2013) in der Regel politische Ereignisse und Handlungen sind, die einen Mediendiskurs provozieren. Die klassische Agenda-Building-Forschung hat in diesem Kontext herausgefunden, dass Akteure mit mehr struktureller Macht – sprich politische Eliten – die Agenda der Mainstream-Medien leichter beeinflussen können. Indirekt werde damit durch die Medien der politische Status quo gestützt. Oppositionelle Akteure, denen es an legalen Kanälen fehlt, ein Thema in die öffentliche Debatte einzubringen, wie etwa das Parlament, versuchen die Aufmerksamkeit der Medien für die ihnen wichtige Problematik durch spektakuläre Ereignisse oder Proteste auf sich zu ziehen (Cobb & Elder, 1971; Mathes & Pfetsch, 1991; Walgrave & Vliegenhart, 2012). Sie müssen quasi Nachrichtenwerte „schaffen“, damit die Medien ihr Thema nicht länger ignorieren können (Cobb & Elder, 1971; Rucht, 2016; Fenton, 2015).

Unter den neuen Bedingungen des digitalen Zeitalters haben die klassischen Gatekeeper allerdings das Machtmonopol der Thematisierungsfunktion verloren (Pfetsch & Adam, 2011). Gerade die ungefilterte Diffusion von Inhalten in sozialen Medien ermöglicht neue Hierarchien und führt zu veränderten Prozessen beim intermedialen Agenda-Setting – stark diskutierte Themen im Netz haben demnach eine höhere Wahrscheinlichkeit, auch in den klassischen Medien diskutiert zu werden (Vonbun, Kleinen-von KönigsLöw & Schoenbach, 2016; McCombs, Shaw & Weaver, 2014: 788; Meraz, 2011: 111). Selbst in Autokratien mit geringen bürgerlichen Freiheiten, aber relativ hoher Internetdurchdringung, wie Ägypten, tragen digitale Medien in hohem Maße zu den Agenda-Setting-Prozessen bei (Rauchfleisch & Kovic, 2016: 11–12).

Die Herstellung von Öffentlichkeit für bestimmte Themen muss deshalb, wie Chadwick es ausdrückt, verstanden werden als: „interactions among older and newer media logics – where logics are understood as bundles of technologies, genres, norms, behaviors, and organizational forms – [that] shape the power relations among political actors, media and publics“ (2017: 285). Sie basiert demnach auf „conflict and competition“ zwischen älteren und neueren Logiken, birgt aber auch „pockets of interdependence“ (ebd.). Es lässt sich also sowohl ein Konkurrenz- als auch ein symbiotisches Verhältnis zwischen etablierten und sozialen Medien ausmachen.

Die Bemühungen, ein Thema auf die massenmediale Agenda zu bringen, enden aber nicht bei der reinen Thematisierung. Es geht auch darum, *wie* das Thema öffentlich interpretiert wird, also das Framing eines Themas. Ein Thema, das von Herausforderern des herrschenden Regimes auf die Agenda gebracht wird, läutet mithin einen diskursiven Kampf ein (Dahlberg, 2011: 862; Badr, 2013). Machthaber und ihre Herausforderer

konkurrieren zunächst um die Aufmerksamkeit für Themen und im nächsten Schritt um deren Interpretation.

Die Kernmechanismen dieser Agenda-Building-Prozesse – also der Transfer von *issue salience* zwischen politischen Agenden der Akteure und öffentlichen also massenmedialen Agenden – unterscheidet sich in autoritären Regimen nicht grundlegend von denen in demokratischen Systemen. Für oppositionelle Akteure hier wie da gilt als Ziel des Agenda-Building, was Dieter Rucht so formuliert (1994: 347): „[S]elbst wenn staatliche Entscheidungsträger in direkter Konfrontation beeinflusst werden sollen, so kann kaum erhofft werden, dass die Konfrontation als solche Eindruck erzeugt, sondern erst die Resonanz, die die Spiegelung der Konfrontation in den Massenmedien auslöst“. Allerdings gibt es kontextspezifische Konstellationen und Strukturen, die in der bisherigen Agenda-Building-Forschung häufig übersehen wurden, die aber für das Nachvollziehen der Entwicklung eines Themenzyklus in einem bestimmten politischen und medialen Kontext entscheidend sind (Pfetsch, Adam & Bennett, 2013; Pfetsch & Adam, 2011).

Forschungserkenntnisse aus autoritären Ländern zeigen, dass marginalisierte politische Akteure selbst unter autoritären Konstellationen die Medienagenda beeinflussen können. Der wesentliche Unterschied autoritärer Regime zu Demokratien liegt in den deutlich asymmetrischeren Machtstrukturen und restriktiveren Maßnahmen gegenüber Aktivisten in ersteren. Im Gegensatz zu Demokratien versuchen autoritäre Regime Herausforderer systematischer zu marginalisieren, sie also präventiv von Deliberationsprozessen auszuschließen, und sie drohen mit harten Konsequenzen.

Aus der Literatur lassen sich folgende politische Rahmenbedingungen ableiten, die insbesondere autoritäre Systeme im Hinblick auf Agenda-Building-Prozesse kennzeichnen:

- Erstens hat das autoritäre Regime den Vorteil, dass es die Medienstrukturen durch rechtliche und regulative Maßnahmen selbst weitgehend frei gestalten kann und somit einen deutlich erleichterten Zugriff auf die Medienproduktion hat. Allein durch die Lizenzierungspolitik und finanzielle Regulierung können Akteure systematisch ausgeschlossen werden (Sakr, 2013).
- Damit ist zweitens eine direkte, aber auch eine indirekte Zensur oder Selbstzensur verbunden, die Informationsdiffusion – insbesondere von nicht-regimekonformen Akteuren – verlangsamen oder gar verhindern kann (Zhou & Moy, 2007).
- Zudem kann drittens das Regime die Medienagenda durch eigene politische Öffentlichkeitsarbeit beeinflussen, beispielsweise mit Diskursen über Moral, Patriotismus und Wohlstand (Votmer, 2013).
- Viertens könnte die Androhung von Konsequenzen die Motivation von Interessengruppen einschränken, ihre Themen öffentlich zu artikulieren, um Repressalien zu vermeiden.

Wenn wir diese vier Aspekte als kontextspezifische Faktoren für Agenda-Building-Prozesse in Ägypten zwischen 2000 und 2011 näher betrachten, finden wir aber erstaunliche Dynamiken – die im folgenden Abschnitt rekonstruiert werden sollen.

3. Forschungskontext: Dynamiken in Ägypten und das Aufkommen von Anti-Folter-Aktivismus

3.1 Kontext Ägypten

Es lässt sich in der Dekade von 2000 bis 2010 eine Erosion des „authoritarian bargain“ (Antonakis, 2012) und das Ende des „political quietism“ (Ismail, 2012) beobachten. Der westliche Demokratisierungsdruck auf autoritäre Machthaber in der Region, der mit

dem Irak-Krieg 2003 besonders greifbar wurde, führte zumindest im ökonomischen Bereich in den meisten arabischen Ländern zu Liberalisierungen und eröffnete Spielräume für oppositionelle Gruppen (Richter, 2012). In Ägypten konnten sich in diesem Kontext seit 2003 verschiedene Interessengruppen wie die Kifaya-Bewegung etablieren (Schäfer, 2009). Advocacy-Netzwerke, die aus Pro-Palästina- und Pro-Irak-Protesten in Ägypten hervorgegangen waren, intensivierten ihre Arbeit und konzentrierten sich angesichts der sich eröffnenden Möglichkeiten zunehmend auf innenpolitische Themen, insbesondere auf sozioökonomische Fragen und Menschenrechte. Zudem wurde der „authoritarian bargain“, bei dem das Volk politisch „stillhält“ im Gegenzug für soziale und finanzielle Alimentationen durch den Staat, durch die zunehmend neoliberale Politik des Staates allmählich ausgehöhlt (Ismail, 2012: 437).

Außerdem fand parallel eine Öffnung der Medienlandschaft statt. Kontrollierter Pluralismus und vorsichtige Kommerzialisierung kennzeichneten das ägyptische Mediensystem seit Anfang der 2000er. Fernsehsender wie *Dream TV* entstanden, aber auch Zeitungen wie *Al-Masry Al-Youm*, *Al-Dustur* oder *Al-Shorouk*. Private Massenmedien wurden ausgewählten Tycoons erlaubt auf Grundlage der Vorstellung, dass sie im Gegenzug für die Lizenzierung loyal gegenüber dem Regime auftreten (Roll, 2013). Solche Loyalität aber hat Grenzen, insbesondere wenn die privatwirtschaftlich organisierten Medien auf Verkaufserlöse angewiesen sind und entsprechend attraktiv für Konsumenten sein müssen (Sakr, 2013). Protokollnachrichten reichen dafür nicht aus. Journalisten dieser Medien nutzten beispielsweise Blogs und Social-Media-Plattformen, um Inhalte abseits der staatlichen Vorgaben zu generieren. Dies half Interessengruppen mit unterschiedlichen ideologischen Hintergründen, ihre Themen in die Mainstream-Medien zu bringen, die sonst nicht erschienen wären (Etling, Kelly, Faris & Palfrey, 2010; Hamdy, 2009; Radsch, 2014; Richter, 2011). Die Liberalisierungspolitik von oben brachte also als nicht intendierte Folge eine Diversifizierung der redaktionellen Entscheidungen und die Ausbildung einer neuen Generation professioneller Journalisten mit sich.

Ähnliches lässt sich über die Verbreitung des Internets sagen. In Ägypten wurde das Netz von Technokraten in den Reihen des Regimes unter dem Paradigma einer technologischen Modernisierung massiv gefördert. Burkhart und Older (2003: xiii) zeigen, wie das ägyptische Regime sich zur neuen Technologie positionierte: „They [the regime] want what the information revolution offers, and want it badly enough to be willing to risk some disbenefits that may arise from more open and possibly ‘unacceptable’ communications.“ Die Anzahl derjenigen, die prinzipiell Zugang zum Internet haben, stieg zunächst auf niedrigem Niveau und zwischen 2004 und 2005 rapide an und kletterte laut der International Telecommunication Union 2010 auf fast 27 Prozent der Bevölkerung (ITU, 2011). Dieser massive Anstieg insbesondere bei der jungen Generation brachte auch mit sich, dass sich die Zahl der politisch Aktiven im Internet erhöhte. Das Regime versuchte, einer daraus für den eigenen Machterhalt resultierenden Gefahr durch Maßnahmen wie der Lizenzierungspflicht für Internetcafés und der Verhaftung von Aktivisten entgegenzuwirken. Trotz dieser harschen, aber eben punktuellen Maßnahmen konnte das Internet im Gesamtgefüge der ägyptischen Medien und aufgrund seiner Eigenlogik als dezentrales Medium als relativ freier Medienbereich gelten, der konfliktbehebenden Akteuren weitgehend unbehinderten Zugang zur Öffentlichkeit gestattete.

In dieser dynamisch-diskursiven Umgebung fand das Thema Menschenrechtsverletzungen zunehmend Eingang in die Mainstream-Medien. Im Ägypten des Jahres 2010 war Polizeibrutalität zu einer regelrechten Routine im Namen der Sicherheit geworden (Morayef, 2015: 10; siehe zu den Entwicklungen des Themas auch Abdel Aziz, 2007; Moorehead, 2005). Der jahrzehntelange währende Ausnahmezustand in Ägypten verlieh

der Polizei außergewöhnliche Befugnisse und hatte die Rechenschaftspflicht gegenüber der Justiz weitgehend ausgehöhlt (Khalil, 2013: 28). Polizeibrutalität war also eines der Themen, die die Legitimität des autoritären Regimes dezidiert in Frage stellen konnten.

Die vier kontextspezifischen Faktoren, die bei dem Prozess des Agenda-Building in autoritären Regimen zu beachten sind, lassen sich für Ägypten vor 2011 also relativieren: Es gab Akteure, die sich aufgrund von Liberalisierungstendenzen in Nischen etablieren konnten; es gab ansatzweise deregulierte Medien, die aufgrund einer kommerziellen Logik bereit waren, gesellschaftlich relevante Fragen zu thematisieren; wir verzeichnen mit dem Aufkommen des noch wenig kontrollierten Internets die Entstehung einer neuen technischen Infrastruktur, die eine Möglichkeit der Artikulation marginalisierter Positionen bot; und wir beobachten bei bestimmten Themen wie Polizeigewalt schließlich die Schwierigkeiten des Regimes, die hohe moralische Messlatte für die eigene Legitimation aufrechtzuerhalten.

3.2 Anti-Folter-Aktivismus

In diesem Kontext arbeiteten Aktivisten daran, Polizeifolter öffentlich sichtbar zu machen. Zu den relevanten Interessengruppen gehörten die *Ägyptische Organisation für Menschenrechte*, das *Al-Nadeem Center for Rehabilitation of Torture Victims* und das *Hisham Mubarak Legal Aid Center*. Blogs brachen nicht nur das Schweigen über polizeiliche Folter, sondern lieferten auch audiovisuelle Beweise. Wael Abbas' Blog *Misr Digital* leakte schon 2006 ein Video, in dem Polizisten einen Minibusfahrer folterten. Die Sichtbarmachung dieser Folter veranlasste die ägyptischen Behörden dazu, die Polizisten vor Gericht zu stellen – was damals außergewöhnlich war (Azimi, 2007: 11). Innerhalb kurzer Zeit brachten Filmemacher die Problematik von Polizeifolter 2007 einem breiteren de-politisierten Publikum nahe, indem sie einen korrupten und gewalttätigen Polizisten als Hauptfigur aufstellten – der Film *Chaos* wurde zum Blockbuster. Eine Journalistin des pan-arabischen Senders *Al-Jazeera* hatte zudem einen Dokumentarfilm über Folter in Ägypten gedreht und musste sich dafür 2008 vor Gericht verantworten. Diese Ereignisse wurden wiederum von Journalisten in Zeitungen und Talkshows aufgegriffen (Hamdy, 2009).

Die generelle Problematik hatte also schon eine bestimmte Aufmerksamkeitsschwelle überschritten, als am 6. Juni 2010 zwei Polizisten in Zivil in einem Internetcafé in der ägyptischen Küstenstadt Alexandria die Ausweise der Benutzer überprüfen wollten. Als ein junger Mann, Khaled Said, sich weigerte, schleppten ihn die Polizisten aus dem Café in ein Nachbarhaus und schlugen ihn vor einer Vielzahl an Zeugen zu Tode (Al-Nadeem Center, 2010). Die Behörden stellten den Vorfall als den Tod eines Drogenabhängigen dar. Der erste Bericht des Gerichtsmediziners führte als Todesursache Erstickten durch Verschlucken eines Päckchens Marihuana an und erwähnte mit keinem Wort Anzeichen von Folter. Nach diesem ersten Bericht bestanden Khaled Saims Familie und Menschenrechtsaktivisten darauf, seinen Körper erneut zu untersuchen, um zu beweisen, dass er Opfer von Polizeigewalt wurde und um ihn vom Vorwurf des Drogenmissbrauchs zu befreien. Sie verbreiteten Bilder von Khaled Saims entstelltem Gesicht in den sozialen Medien, denen sein Passfoto gegenübergestellt wurde. Die Bilder wurden schnell im Internet verbreitet (Khamis & Vaughn, 2011; Röder-Tzellos, 2014). Im Gegensatz zu anderen Opfern von Polizeigewalt aus den Unterschichten war in diesem Fall das Regime nicht in der Lage, die Mittelschichtfamilie des Opfers durch Einschüchterung oder finanzielle Entschädigung zum Schweigen zu bringen (Ali & El-Sharnouby, 2014). Khaled Saims Ermordung führte im Sommer 2010 schnell zu massiven Protesten und schließlich wurde er posthum zur Ikone der Aufstände in Ägypten (Gerbaudo, 2015). Oppositio-

nelle Aktivisten nutzten das Martyrium Khaled Saids als Anlass, um Forderungen nach Würde und Aufrufe gegen ein in ihren Augen brutales und ungerechtes Regime zu lancieren (Buckner & Khatib, 2014; Mittermaier, 2014).

Im Folgenden wird nun analysiert, wie dieses für das ägyptische Regime massiv delegitimierende Thema durch die Agenda-Building-Bemühungen oppositioneller Akteure und das Zusammenspiel von Aktivisten und Mainstream-Medien in die Öffentlichkeit getragen wurde.

4. Methodisches Vorgehen

Empirisch analysiert die Studie zwei Datensätze mittels deskriptiv-statistischer und qualitativer Inhaltsanalysen und bettet diese in den Ereigniskontext ein.

Der erste Datensatz besteht aus allen Artikeln über den Fall Khaled Said, die vom 6.6.2010 (dem Tag seines Todes) bis zum 11.2.2011 (dem Tag des durch die Aufstände erzwungenen Rücktritts von Mubarak) veröffentlicht wurden. Drei Medien wurden dazu untersucht: die staatliche Tageszeitung *Al-Ahram*, die private Tageszeitung *Al-Masry Al-Youm* und die Facebook-Seite *We are all Khaled Said*. Letztere wurde im Juni 2010 von nur einer Person gegründet und hatte innerhalb weniger Tage eine halbe Million Follower. Die Medien wurden nach Eigentumsverhältnissen und politischer Position ausgewählt und sollten relevant für den Fall Khaled Said sein. *Al-Ahram* ist das Flaggschiff der staatlichen Printzeitungen und zentrales Organ von Regierungsdiskursen. *Al-Masry Al-Youm* war zu diesem Zeitpunkt in Ägypten die Tageszeitung mit der größten Leserschaft. Die Vollerhebung der Berichterstattung zum Fall Khaled Said in diesen drei Medien umfasst 316 Artikel (siehe Tabelle 1). Aufgrund nicht-digitalisierter Archive der arabischen Zeitungsbestände erfolgte die Erfassung des Materials durch manuelle Sichtung der Zeitungsarchive im gesamten Zeitraum. Auswahlkriterien der Artikel umfassten die direkte thematische Relevanz (Bezug zu Khaled Said, sein Gerichtsprozess, Lösungsvorschläge) oder Beiträge zu Polizeifolter in diesem Zeitraum (bspw. andere Opfer). Dies schließt beispielsweise Artikel aus, die generell politische Reformen diskutieren, wenn sie nicht konkret Polizeigewalt erwähnen. Bei der Facebook-Seite wurden alle vom Administrator erstellten oder geteilten Posts einbezogen. Beiträge dieser Seite, die generell Forderungen zur Systemreform oder die Situation der Jugend in Ägypten thematisierten, aber nicht explizit Polizeifolter, wurden nicht berücksichtigt.

Tabelle 1: Sample der Medieninhaltsanalyse vom 6.6.2010-11.2.2011

| Medium | Affiliation | Anzahl Artikel |
|------------------------|------------------------------|----------------|
| Al-Masry Al-Youm | private Tageszeitung | 194 |
| We are all Khaled Said | aktivistische Facebook-Seite | 65 |
| Al-Ahram | staatliche Tageszeitung | 57 |

Neben einer Auswertung des Berichterstattungsverlaufs und des damit einhergehenden Spill-over-Effekts der Agenden wurde auch eine Analyse der medialen Bewertung und Präsentation des Ereignisses in der Berichterstattung vorgenommen. Nach einer Sichtung von rund 10 Prozent des Materials (30 Beiträge aus allen drei Medien) wurden zunächst induktiv die Hauptargumente der beteiligten Medien herausgearbeitet und in Kategorien gruppiert (Mayring, 2016; Kuckartz, 2016). Während der Kodierung des Gesamtmaterials wurden die so gebildeten Kategorien verfeinert und weiter abstrahiert. Dieses Verfahren resultierte in drei inhaltlichen Hauptkategorien, die je nach Ausrich-

tung des Mediums mit zwei gegensätzlichen Positionen aufgeladen sind: 1) die Todesursache und der Ruf des Opfers; 2) das Vorgehen der Polizisten und schließlich 3) die Kontextualisierung des Vorfalls und die geforderten politischen Konsequenzen.

Der zweite Datensatz besteht aus semi-strukturierten Interviews mit elf Journalisten, um die Prozesse im Newsroom in beiden Zeitungen zu verstehen und die Mechanismen nachvollziehen zu können, die das Thema auf die Medienagenda gebracht haben. Weitere Interviews wurden mit acht Aktivisten und Bloggern geführt, um ihre Ziele und ihre kommunikativen Strategien zu rekonstruieren. Alle Interviews wurden zwischen 2017 und 2018 in Kairo oder im Umfeld von Treffen auf Konferenzen im Ausland geführt. Alle Befragten – bis auf eine Teilnehmerin – gaben trotz der zum Zeitpunkt der Interviews massiven Repressionen in Ägypten ihr Einverständnis zur Verwendung ihrer Klarnamen. Diese Offenheit hängt auch damit zusammen, dass das vom heutigen Regime offiziell als „die glorreiche Revolution von 2011“ gefeierte Ereignis, über deren Auslöser in den Interviews gesprochen wird, ein vergleichsweise wenig sensibles Thema ist – geht es doch um ein gestürztes Regime, von dem sich das neue Regime distanziert. Etliche der damaligen Aktivisten sind zudem heute nicht mehr politisch aktiv; auch einige der Journalisten haben sich neue Berufsfelder gesucht (s. Tabelle 2).

Tabelle 2: Liste der Interviewten

| Name | Beruf | damalige Affiliation | Altersgruppe | heutige Position |
|--------------------------|---------------------------------------|--|--------------|--|
| Journalisten | | | | |
| Hisham Allam | Journalist | <i>Al-Masry Al-Youm</i> , private Tageszeitung | 30-39 | Medientrainer, investigativer Journalist (u.a. Panama und Paradise Papers) |
| Ashraf Amin | Journalist | <i>Al-Ahram</i> , staatliche Tageszeitung | 30-39 | Ressortleiter |
| Khaled Balshy | ehemaliger Chefredakteur und Producer | <i>El-Bedaiah</i> , <i>El-Badil</i> , Producer der TalkShow „Full Picture“ | 50-59 | Freier Journalist |
| Amr Ezzat | Blogger, Journalist, wiss. Referent | <i>Al-Shorouk</i> , private Tageszeitung | 30-39 | wiss. Referent bei Egyptian Initiative for Personal Rights |
| Mohamed Fouad | Alexandria-Korrespondent | <i>Al-Shorouk</i> , private Tageszeitung | 30-39 | Medientrainer |
| Mohamed Ghareeb | Journalist | <i>Al-Masry Al-Youm</i> , private Tageszeitung | 40-49 | Journalist |
| Warda Hassan (Pseudonym) | Journalistin | <i>Al-Ahram</i> , dann seit 2015 zusätzlich <i>Al-Shorouk</i> | 40-49 | Journalistin, Übersetzerin |
| Hisham Kassem | Gründer, erster Chefredakteur | <i>Al-Masry Al-Youm</i> , private Tageszeitung | 60-69 | Freier Journalist |

| Name | Beruf | damalige Affiliation | Altersgruppe | heutige Position |
|-------------------|--|---|--------------|--|
| Ahmed Kheir | Journalist, TV Moderator | u.a. <i>Al-Dustur</i> , private Zeitung, <i>Dream TV</i> , privater Sender | 30-39 | Freier Journalist, Schriftsteller |
| Ahmed Ragab | Journalist | <i>Al-Masry Al-Youm</i> , private Tageszeitung | 30-39 | seit 2016 DW Arabisch |
| Osama Saraya | ehemaliger Chefredakteur | <i>Al-Abram</i> , staatliche Tageszeitung | 60-69 | Kolumnist bei <i>Al-Abram</i> |
| Aktivisten | | | | |
| Magda Adly | Leiterin | Al-Nadeem Center for Rehabilitation of Torture Victims | 60-69 | Al-Nadeem Center for Rehabilitation of Torture Victims (seit Februar 2017 geschlossen) |
| AbdelAziz Sami | Kampagnenkoordinator | Awlad el Ard NGO | 30-39 | Wächter |
| Ahmed Maher | Führer der 6. April Bewegung, hauptberuflich Architekt | 6. April Bewegung | 40-49 | Architekt, keine politische Aktivität seit Entlassung aus Haft 2016 |
| Haitham Mohamadin | Rechtsanwalt | Revolutionäre Sozialisten | 40-49 | zur Zeit in Haft |
| Wael Abbas | Blogger | freier Blogger | 40-49 | zur Zeit in Haft |
| Mona Seif | Aktivistin, hauptberuflich Biologin | aus Aktivistenfamilie, Vater unter Mubarak inhaftiert, Bruder in Haft, Gründerin No to Military Tribunals | 30-39 | Aktivistin, Biologin |
| Mahinour ElMasry | Rechtsanwältin | | 40-49 | Rechtsanwältin, 2016 aus der Haft entlassen |
| Ola Shahba | Aktivistin, Entwicklungsarbeit | Revolutionäre Sozialisten, dann „Sozialistische Erneuerung“ | 30-39 | Entwicklungsarbeit |

5. Ergebnisse

Aus der Analyse zu Anti-Folter-Aktivismus in Ägypten ergeben sich drei zentrale Erkenntnisse über die Mechanismen der Agenda-Building-Prozesse unter den geschilderten Rahmenbedingungen in Ägypten.

5.1 Strategisches Handeln der Aktivisten fördert Spill-over-Prozesse nur in bestimmte Medien

Abbildung 1 zeigt die Entwicklung des Themenzyklus um Polizeibrutalität gegen Khaled Said während der ersten sechs Wochen in den drei untersuchten Medien (6.6.-17.7.2010). Schaut man sich die ersten beiden Wochen genauer an, so wird deutlich, dass das Thema zuerst auf der aktivistischen Facebook-Seite *We are all Khaled Said* thematisiert wurde, ehe die Printmedien es aufnahmen. Über das Ereignis wurde also zuerst durch die Aktivisten in den von ihnen selbst betriebenen Online-Medien berichtet. Zunächst veröffentlichte der oppositionelle Politiker und Präsidentschaftskandidat von 2005, Ayman Nour, erstmals am 10.6.2010 einen Post auf seiner eigenen Facebook-Seite, die Wael Ghonim sah, der wenig später die Facebook-Seite *We are all Khaled Said* gründete. Wael Ghonim, damaliger Marketingexperte bei Google, sagte, er habe versucht, „to market the public sympathy for the victim, using the positive affect for the martyr and his grieving mother“ (Ghonim, 2012: 84). Im Themenzyklus zeigt sich, dass vor allem die private Tageszeitung *Al-Masry Al-Youm* auf die Bemühungen der Aktivisten zum Agenda-Aufbau reagierte. Wie in Abbildung 1 ersichtlich, hat *Al-Masry Al-Youm* ihre Agenda schnell an die der sozialen Medien angepasst. „Man konnte an dem Thema nicht vorbei, sonst hätte man seine Glaubwürdigkeit beim Publikum riskiert“, bestätigt der ehemalige *Al-Masry Al-Youm*-Journalist Ahmed Ragab diese Beobachtung (Interview, 6.1.2018). Lediglich eine etwas verspätete Diffusion aus den sozialen in die privaten Medien lässt sich beobachten – die allerdings vor allem durch die zögerliche Entscheidung der Familie verursacht wurde, auf Journalistenanfragen zu antworten (Interview mit Journalist Mohamed Fouad, 25.9.2017). *Al-Masry Al-Youm* berichtete bereits ab dem 13. Juni 2010 am intensivsten über das Thema.

Die Aufmerksamkeit für das Thema durch die private Zeitung riss auch in den folgenden Wochen nicht ab. Im Gegenteil, sie widmete sich dem Thema sehr intensiv und von allen Medien am meisten. Die Zeitung war sich ihrer eigenen Agenda-Setting-Funktion zur damaligen Zeit sehr bewusst, wie die Aussage des *Al-Masry Al-Youm*-Redakteurs Ahmed Ragab zeigt:

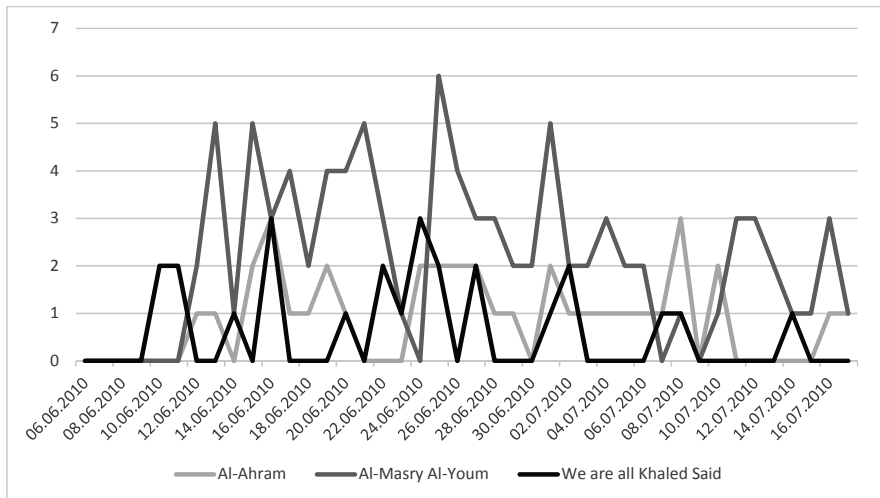
„*Al-Masry Al-Youm* setzte die Agenda in Ägypten. Wir handelten nach einer neuen professionellen Logik. Wenn die Zeitung etwas zu einem Thema veröffentlicht, dann greifen es alle Abend-Talkshows auf. Am nächsten Tag berichten dann alle anderen Medien darüber. Ohne ihre Berichterstattung hätten die Menschen von manchen Dingen nie erfahren. Das hat unsere Diskussionen und Entscheidungen in den täglichen Redaktionstreffen beeinflusst.“ (Interview, 6.1.2018).

Ähnlich argumentiert Warda Hassan, damals Journalistin bei *Al-Ahram Hebdo*, heute bei der privaten *Al-Shorouk*:

„Die staatlichen Zeitungen waren lange Zeit ganz selbstverständlich die einzigen auf dem Markt. Verkaufszahlen hatten sie nie beschäftigt, zumal sie vom Staat – selbst bei Verlusten – subventioniert waren. Doch mit der Konkurrenz der neu gegründeten Printmedien kamen sie nicht klar. Die privaten Zeitungen hatten eine neue Berichterstattungslogik, um sich gegenüber dem Publikum zu legitimieren. Das hat einiges bewegt: Es hat uns als junges Team inspiriert, aber auch die Messlatte höher gesetzt.“ (Interview, 29.10.2017)

Nachdem das Thema in der Privatzeitung so massiv aufgegriffen wurde, musste also auch die staatliche Zeitung nachziehen. Nach anfänglichen Versuchen, den Vorfall kurz in ihrer *Crime Section* abzutun und den politischen Gehalt zu ignorieren, wurde auch hier die Berichterstattung umgestellt. Durch den wachsenden Druck der Aktivisten und der sozialen Medien kam es zu einer zunehmenden Politisierung des Themas. Warda Hassan erläutert dies so: „Nun gab es plötzlich andere Stimmen, die die Ereignisse anders kon-

Abbildung 1: Berichterstattungsintensität nach Medien vom 6.6.-17.7.2010



struierten. Ihre [die staatlichen Zeitungen] Art, raffiniert zu ‚lügen‘, konnte nicht mehr tragen.“

Die Story kam nun mehrfach sogar auf die Titelseite von *Al-Masry Al-Youm*. Betrachtet man die Strategien der Aktivisten näher, die Khaled Saids Fall als politisch relevantes Thema in die Mainstream-Medien zu bringen versuchten, so lassen sich entlang von Dieter Ruchts Heuristik zwei Strategien identifizieren (Rucht, 2016): Erstens pass-ten sie sich der an Nachrichtenfaktoren orientierten Medienlogik an, indem sie immer wieder kreative Proteste in Alexandria und Kairo als berichtenswerte Ereignisse insze-nierten („Silent Stands“, „Fastenbrechen in Solidarität mit Khaled Saids Familie“ etc.), Pressemitteilungen und -konferenzen als Berichterstattungsanlässe aufbauten und op-positionelle Schlüsselfiguren für das Thema einspannten. Die zweite Taktik der Her-ausforderer bestand darin, ihre eigenen alternativen Medien online zu nutzen. Auch dies ging auf, denn *Al-Masry Al-Youm* nahm Argumente aus den sozialen Medien und den Blogs auf, die die Hauptarenen der Aktivisten waren und zudem leicht zugänglich für die Mainstream-Medien.

Al-Ahram ignorierte die oppositionellen Quellen weiterhin und zitierte dagegen staatliche Quellen wie das Innenministerium. Selbstkritisch sagt der ehemalige *Al-Ahram*-Chefredakteur Osama Saraya rückblickend dazu im Interview, dass „wir auf den Online-Diskurs der Jugendlichen hätten reagieren sollen“ (Interview, 27.10.2017). Das Vorhandensein einer oppositionellen Sichtweise gab aufgrund dieser Versäumnisse der staatlichen Medien den privaten Zeitungen einen expliziten Grund zu berichten: „Wir konnten das Thema in diesem intensiven politischen Moment nicht ignorieren. Der Konflikt war so groß“, so Amr Ezzat, Blogger und Journalist bei der privaten Zeitung *Al-Shorouk* (Interview, 2.11.2017).

Die Aktivisten setzten mit ihren Aktionen und eigenen Medienauftritten zunächst die Agenda, während die Machthaber nur reagierten, was wiederum für diese eher un-erwünschte Medienaufmerksamkeit generierte. Bereits in den ersten Wochen der Be-richterstattung war zu dem Thema eine gewisse moralische Fallhöhe erreicht, entspre-chend der die Maßnahmen der Regierung öffentlich beurteilt wurden. Halbherzige

Maßnahmen wie die Anordnung des Generalstaatsanwalts, doch noch einmal die Leiche Khaled Saids gerichtsmedizinisch untersuchen zu lassen, wurden in den sozialen Medien als unzureichend bewertet (We are all Khaled Said, 2.7.2010). Das Regime konnte mit diesen Mitteln oder auch mit schärferen Repressionen die Agenda der Aktivisten nicht mehr einhegen – im Gegenteil, durch die Aufmerksamkeit, die in der privaten Presse bereits für dieses Thema erzeugt worden war, wurden alle nun folgenden Aktionen und Reaktionen berichtenswert. Da die erneute Überprüfung der Leiche als nicht ausreichende Maßnahme von den Aktivisten und der Familie angesehen wurde, musste der Generalstaatsanwalt schließlich einlenken und ordnete die Festnahme und einen Prozess gegen die beiden Beamten an (Interview mit Magda Adly, 2.11.2017).

5.2 Die Medienagenda muss immer wieder stimuliert werden, um wirksam zu sein

Die zweite zentrale Erkenntnis ist, dass die Medienaufmerksamkeit auch in gärenden Konflikten zwischen Regime und Herausforderern zeitlich begrenzt ist und nur durch spezifische Berichterstattungsanlässe aufrechterhalten werden kann. Abbildung 2 zeigt die Entwicklung des Themenzyklus vom ersten Durchbruch des Themas im Juni 2010 bis zur Absetzung Mubaraks im Februar 2011. Die Intensität der Berichterstattung erhöhte sich immer dann, wenn die Aktivisten die Handlungslogik des Staates – die sich im Wesentlichen als Verschweigen und Relativieren charakterisieren lässt – aktiv herausforderten.

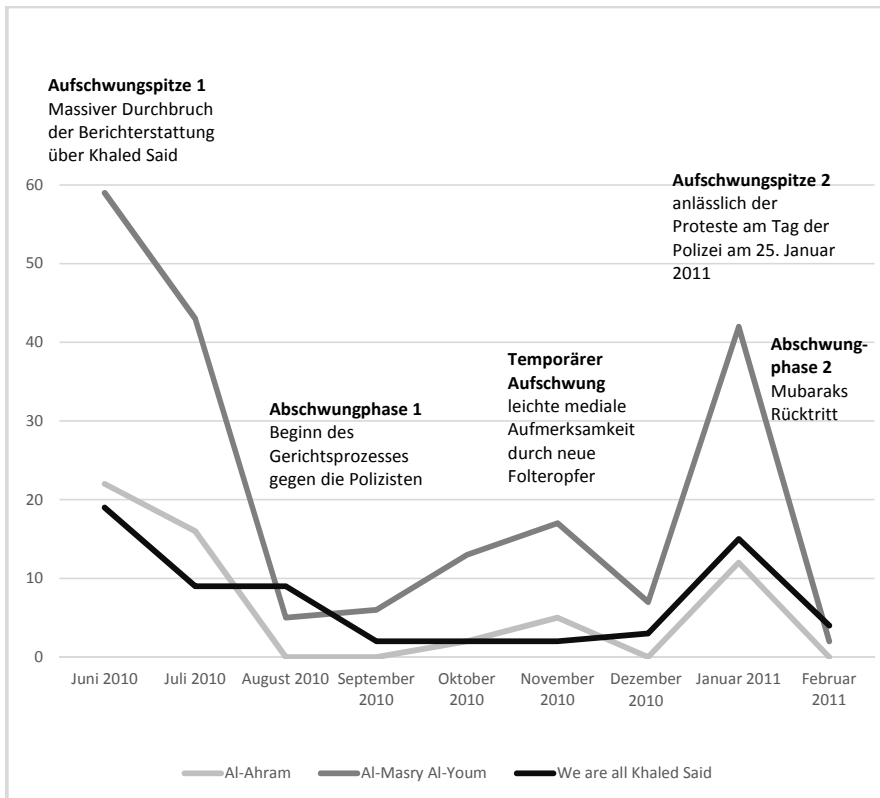
Die Durchbruchphase war, wie oben beschrieben, gekennzeichnet durch eine massive Berichterstattung der privaten Zeitung, die die Aktivistenagenda aufgriff. Dann aber nahm die Berichterstattung kontinuierlich ab. Mit der konkreten Handlung des Regimes, die an der Folter Khaled Saids beteiligten Polizisten vor Gericht zu stellen, schien das Thema für das Regime und somit *Al-Ahram*, die staatliche Zeitung, gar komplett erledigt zu sein: Die Festnahme der mutmaßlichen Täter sei „ein Triumph der Gerechtigkeit“, nun solle Ruhe einkehren (*Al-Ahram*, 2.7.2010). Die Social-Media-Seite der Aktivisten jedoch versuchte trotz begrenzter Kapazitäten, das Thema weiter in der Öffentlichkeit zu halten. Zu diesem Zeitpunkt wurde die *We are all Khaled Said*-Seite immer noch lediglich von einer Person betrieben (Ghonim, 2012: 86). *Al-Masry Al-Youm* hielt auch weiterhin am Thema fest, beispielsweise durch die Berichterstattung über die Gerichtsverfahren, allerdings war es kein Aufmacher mehr.

Das von *Al-Ahram* explizit vorgebrachte Argument, dass der Journalismus über keine laufenden Gerichtsprozesse berichten soll, um die Urteilsfindung nicht zu beeinflussen, hat den Verlauf der Themenkarriere in dieser Zeitung beeinflusst (*Al-Ahram*, 2.7.2010). Als aber weitere Fälle von Polizeifolter bekannt wurden, geriet das Thema wieder in den Blickpunkt und wurde von *Al-Masry Al-Youm* intensiv berichtet; auch die staatliche Zeitung *Al-Ahram* war im November 2010 gezwungen, nachzuziehen.

„Man konnte beobachten, wie die staatlichen Medien, vor allem *Al-Ahram*, an Glaubwürdigkeit verloren. Ich habe sie gelesen und gelacht. Sie half mir zu verstehen, was das Regime möchte und wie sie ticken. Aber ich habe andere Medienquellen als seriöser empfunden, unter anderem auch die Online-Foren und soziale Medien.“ (Interview mit Journalist Ahmed Kheir, 28.10.2017)

Den zweitstärksten Ausschlag in der Berichterstattung erreichte das Thema im Januar 2011, als rund um den 25. Januar, der als „Tag der Polizei“ in Ägypten gefeiert wird, massiv von Aktivisten mobilisiert wurde. Der Fall Khaled Said eignete sich in diesem Kontext ausgezeichnet, um den Anachronismus zwischen staatlich verordnetem Polizei-Feiertag und von der Bevölkerung erlebter Polizeiwillkür aufzuzeigen. Da das Thema bereits eingeführt war, konnten Aktivisten gezielt Bezug darauf nehmen und es in un-

Abbildung 2: Themenzyklus zu Polizeifolter im Zeitraum 6.6.2010 bis 11.2.2011



mittelbaren Zusammenhang mit weiterreichenden Forderungen nach einer Absetzung des Regimes bringen:

„Wir haben einen Berichterstattungsmonitor zu Polizeifolter erstellt, wir haben das Thema an weitreichende Fragen zur politischen Reform geknüpft: Es ging darum, die entrechteten Bürger zu ermutigen, sich über diese Fälle des Unrechts zu äußern, und keine Angst davor zu haben. Gerade die letzten Jahre Mubaraks haben uns so viel Auftrieb gegeben. Die Proteste haben uns – aber auch die Folteropfer – ermutigt zu sprechen.“ (Interview mit Aktivistin Magda Adly, 2.11.2017)

Für die private Zeitung war dies ein willkommener Berichterstattungsanlass. „Gerade *Al-Masry Al-Youm* hatte seit seiner Gründung den in der ägyptischen Medienlandschaft einzigartigen Auftrag, sich nur dem Ereignis gegenüber verpflichtet zu fühlen. Nichts anderes ist wichtig, als der Neuigkeit und der Aktualität zu folgen“, erklärt Hisham Kassem, Gründer und erster Chefredakteur von *Al-Masry Al-Youm* (Interview, 26.9.2017).

5.3 Konkurrierende Interpretationen bieten Berichterstattungsanlässe

Die dritte zentrale Erkenntnis ist, dass es eine heftige Auseinandersetzung um die Interpretation des Ereignisses und seiner Ursachen und Konsequenzen gab und dass diese

Kontroverse nicht zuletzt dazu beitrug, das Thema auf der Medienagenda zu halten. Man könnte sagen, dass es ein Ereignis gab, aber zwei sich diametral gegenüberstehende Interpretationen. Diese beiden Interpretationen wurden vom Innenministerium und staatlichen Institutionen auf der einen Seite und Khaled Sais Familie und ihnen zugehörige Interessengruppen auf der anderen Seite bespielt. Die untersuchten Medien waren einerseits Verbreitungsweg und andererseits Adressat dieser Interpretationen und konstruierten entsprechende Mediendiskurse daraus. Die Berichterstattung unterschied sich vor allem im Hinblick auf die Todesursache und den Ruf des Opfers, die Beschreibung der Handlungen der Polizeikräfte und die geforderten politischen Konsequenzen. Tabelle 3 gibt einen Überblick über die sich diametral gegenüberstehenden Interpretationen.

Tabelle 3: Konkurrierende Interpretationen des Ereignisses Khaled Said

| Aspekt | Staatliche Version zum Ereignis | Version der Aktivisten zum Ereignis |
|---------------------------------|---|--|
| Todesursache und Ruf des Opfers | Erstickungstod eines Drogenabhängigen durch mutwilliges Verschlucken eines Päckchens Marihuana | „Märtyrer des Notstandsgesetzes“ Zu Tode gefolterter junger Bürger |
| Beschreibung der Polizeikräfte | Unschuldige und hilfsbereite Beamte Gewährleister von Recht und Ordnung opfern ihr Leben für Sicherheit | Brutale Mörder Wiederholungstäter |
| (Politische) Konsequenzen | Staatliche Souveränität Chaos vermeiden Unabhängigkeit der Justiz | Es könnte uns allen passieren Repressives Regime Ruf nach Rechenschaftspflicht Mobilisierung für politischen Wandel, sogar Revolution |

Todesursache

Die Konstruktion von Khaled Said als „Märtyrer des Notstandsgesetzes“ gegenüber der Ansicht, dass er ein krimineller Drogenabhängiger war, der an einem Päckchen Marihuana erstickte, das er vor der Polizei durch Verschlucken verstecken wollte, manifestierte die Grundlage für die polarisierten Interpretationen.

Die *We are all Khaled Said*-Facebook-Seite hat die Interpretation vermittelt, dass er ein unschuldiger gesetzestreuer Bürger war, ein Opfer des Notstandsgesetzes, das den Polizisten unkontrollierte Macht gab, die Bürgerrechte zu verletzen (15.6.2010). Khaled Said sei demnach ein Symbol für die marginalisierte Jugend Ägyptens und ein Beweis für „die systematische Anwendung von Folter durch die Polizei“ (We are all Khaled Said, 20.6.2010). Allein der Name der Seite intendierte, dass jeder Ägypter in die gleiche Situation kommen könnte: Jeder von uns könnte ein neuer Khaled Said sein, denn Gewalt werde willkürlich eingesetzt. In diesem Kampf um die Deutungshoheit über Recht und Unrecht in Ägypten war der ursprüngliche Bericht des Gerichtsmediziners nach der Autopsie der Leiche ein äußerst umstrittenes Dokument (Interview mit Aktivistin Magda Adly, 2.11.2017). Die Familie des Opfers und die Aktivisten behaupteten, dass das Regime die Ursache für den Tod von Khaled Said erfunden habe, um das Opfer zu diffamieren und die Unschuld der Polizeikräfte zu belegen. Relativ früh haben Menschenrechtsorganisationen wie das *Al-Nadeem Center* dieses Gutachten hinterfragt und ein unabhängiges Untersuchungsgutachten auf der Grundlage von medizinischem Fach-

wissen und Menschenrechtsanwälten erstellt, eine Presseerklärung formuliert und damit die Behörden massiv herausgefordert. „Es war unsere journalistische Arbeit, diese Quellen zu nutzen“, rechtfertigt Hisham Allam, ehemaliger Journalist der *Al-Masry Al-Youm* (Interview, 7.11.2017), dass seine Zeitung über diese Version berichtete.

Im Gegensatz dazu stellte die regimenahe Zeitung *Al-Ahram* – nachdem sie den Vorfall zunächst ignoriert hatte – Khaled Said als kriminellen Drogensüchtigen dar. *Al-Ahram* nannte ihn sogar zynisch „Märtyrer des Marihuanas“ (Al-Ahram, 18.6.2010) und behauptete, dass das Bild des grausam zugerichteten Opfers, das in den sozialen Medien zirkulierte, nicht nach der Folter, sondern erst nach der Autopsie aufgenommen worden sei. *Al-Ahram* spielte zudem auf der Klaviatur nationalistischer Gefühle und diskreditierte Khaled Said als vaterlandslosen Gesellen. Anhand offizieller Dokumente stellte *Al-Ahram* infrage, ob er überhaupt den obligatorischen Militärdienst absolviert habe (Al-Ahram, 15.6.2010). Retrospektiv erklärt der damalige Chefredakteur, nach welcher Logik diese Berichterstattung verlief:

„Wir wollten das Land beschützen und Chaos verhindern. Es war mir klar, dass viele Akteure die Fehler von Präsident Mubarak aufbauschen und die öffentliche Meinung durch die sozialen Medien manipulierten. Jetzt [2017 und nach unruhigen Jahren in Ägypten] wissen alle, wie wichtig es war, die Stabilität zu bewahren“ (Interview mit Osama Saraya, 27.10.2017).

Die in Privatbesitz befindliche *Al-Masry Al-Youm* hatte eine komplexere Sichtweise und versuchte, beiden Seiten gerecht zu werden. Sie benannte Khaled Said in ihrer Berichterstattung sowohl als unschuldigen gesetzestreuen Bürger, einen „Märtyrer“ und ein Symbol der marginalisierten Jugend Ägyptens, aber zitierte auch seine Mutter, die sagte, dass er gelegentlich Haschisch „wie alle anderen jungen Männer“ konsumierte (Al-Masry Al-Youm, 13.6.2010). Es lässt sich klar feststellen, dass für das private Medium gerade diese diametral gegenüberstehenden Interpretationen ein Treiber der Berichterstattung waren. *Al-Masry Al-Youm* berichtete über Proteste gegen das Regime genauso wie über die Demonstrationen der Anhänger der Polizei (Al-Masry Al-Youm, 12.6.2010, 31.7.2010). Die private Zeitung begegnete damit dem von den Journalisten dieses Mediums hochgehaltenen Anspruch, die „Wahrheit“ herausfinden zu wollen. „Wir brauchen Objektivität“, betonte *Al-Masry Al-Youm* mehrmals (17.6.2010, 19.6.2010). Magdi El-Gallad, der damalige Chefredakteur von *Al-Masry Al-Youm*, äußerte sich in einem Leitartikel zur Berichterstattungsphilosophie der privaten Zeitung, die sich in seinen Augen Feinde auf beiden Seiten machte:

„Wenn man zwischen zwei Fronten steht, darf die unabhängige Presse keine Partei ergreifen, sondern muss dem Leser sein Recht auf Wissen zugestehen. Wir bevormunden den Leser nicht. Solange im Fall Khaled Said noch ermittelt wird, werden wir keine fertigen Urteile zirkulieren, sondern beide Seiten zu Wort kommen lassen.“ (Al-Masry Al-Youm, 17.6.2010).

Es war diese professionelle Logik, die es den Aktivisten ermöglichte, abseits ihrer eigenen Medien in einer breiteren Öffentlichkeit präsent zu werden.

Rolle der Polizisten

Die mediale Konstruktion der Rolle der Polizisten reichte von der Unschuldsvermutung bis zu klaren Schuldzuweisungen. Als die beiden Polizisten vor Gericht gestellt wurden, zitierte *Al-Masry Al-Youm* lange Verhörberichte der Polizei, die die Unschuld der Angeklagten und ihre Versuche, dem Opfer zu helfen, beinhalteten (13.6.2010). Die Zeitung wollte damit klarmachen, dass nur die Justiz in einem Urteil über die Polizisten befinden könne (Al-Masry Al-Youm, 17.6.2010). *Al-Ahram* betonte, dass die Polizisten nur für Recht und Ordnung sorgen wollten (19.6.2010). Als die Untersuchung jedoch neue

Fakten zutage förderte, veränderte die staatliche Zeitung ihren Diskurs. *Al-Ahram* begann allmählich, die Möglichkeit der Schuld der Polizeibeamten zu akzeptieren, räumte aber nur ein, dass sie „Khaled Said grob behandelt“, nicht aber absichtlich gefoltert hätten (Al-Ahram, 5.7.2010). Zudem wurde das Geschehene als individuelles Fehlverhalten interpretiert, nicht jedoch als systemische Folter der Polizei. So kritisierte ein *Al-Ahram*-Kolumnist das Krisenmanagement des Innenministeriums: „Wenn einige niedrig-rangige Beamte einen Fehler begingen, warum sollten die staatlichen Institutionen ihre Glaubwürdigkeit gefährden, um diese Fehler zu vertuschen? Lasst sie vor Gericht stehen!“ (Al-Ahram, 5.7.2010).

Die Facebook-Seite *We are all Khaled Said* gab den Beamten eindeutig die Schuld am Tod Khaled Saids. Die Seite forderte zwar Rechenschaftspflicht, mahnte aber auch zur Vorsicht bei Verallgemeinerungen (24.8.2010). Generell wurde von den Aktivisten eine sofortige Bestrafung von Khaled Saids Mördern gefordert, um Gerechtigkeit herzustellen.

Konsequenzen

Die Medien unterschieden sich in ihrer Auffassung darüber, welche Konsequenzen aus dem Fall zu ziehen seien. *Al-Ahram* rahmte Khaled Saids Tod im Verlauf der Berichterstattung als individuellen Fehler der beteiligten Polizisten und forderte allenfalls personelle Konsequenzen. Die Zeitung lobte das professionelle und gut funktionierende Sicherheitssystem und stellte den Einsatz der Polizei für den Schutz des Landes, beispielsweise in der Terrorismusbekämpfung, heraus. *Al-Ahram* forderte die Leser auf, auf die Integrität der Justiz zu vertrauen (Al-Ahram, 8.6.2010). Die Achtung von Staat und Stabilität waren wichtige Eckpfeiler der Argumentation. Der damalige Chefredakteur Osama Saraya erklärte seine redaktionelle Linie von 2010 mit eben dieser Überzeugung, die er auch heute noch vertritt, nämlich dass unter Mubarak „immer Wahrheit und Sicherheit in Ägypten herrschten. Wir vertrauen unserer Justiz“ (Interview, 27.10.2017). 2010 begrüßte *Al-Ahram* beispielsweise die Entscheidung des Generalstaatsanwalts, Khaled Saids Leiche erneut zu untersuchen, als Beweis für die Glaubwürdigkeit des Staates und einen Triumph für die Gerechtigkeit (Al-Ahram, 2.7.2010).

Die Facebook-Seite *We are all Khaled Said* nahm das Ereignis dagegen zum Anlass, um langfristig zu Protesten aufzurufen. Sie argumentierte, dass „nur Proteste dem Regime trotzen und zeigen können, dass wir viele sind“ (16.6.2010). Die Aktivisten rahmten dabei ihre Aufrufe in den sozialen Medien als gemeinsame Forderungen nach Würde und verpackten diese in ein normatives Gerüst des Patriotismus. Sie griffen also auf ein emotional-aktivierendes Framing zurück, um Proteste zu mobilisieren:

„Alle Bürger haben das Recht auf einen fairen Umgang, und das ist unsere Hauptbotschaft. Von Anfang an hatten wir uns mit dem Fall Khaled Said beschäftigt, sei es auf zivilgesellschaftlicher oder medialer Ebene. Eine öffentliche Resonanz wie zu diesem Fall kannten wir aus unserer bisherigen Arbeit nicht“,

bestätigte Magda Adly, die Leiterin des *Al-Nadeem Centers* (Interview, 2.11.2017).

Als die Protestplanung für den Tag der Polizei im Januar 2011 Gestalt annahm, forderte die Seite *We are all Khaled Said* geregelte Proteste und Vorsichtsmaßnahmen, um die Polizei nicht zu provozieren. Sie konstruierte aber auch ein differenziertes Bild von der Polizei, jenseits eines binären Diskurses von Gut und Böse, um möglichst niemanden zu verprellen, und orientierte sich dabei auch offensichtlich an dem zuvor observierten massenmedialen Diskurs. So schrieb Wael Ghonim, dass es strategisch klüger sei, nicht gegen die Polizei zu hetzen oder Slogans wie „Down with Mubarak“ zu rufen, um die

Anschlussfähigkeit an die Massenmedien und das breitere nicht-politisierte Publikum zu finden (We are all Khaled Said, 7.8.2010). *We are all Khaled Said* bat die Fans der Facebook-Seite, vorgefertigte Texte zu verbreiten, um die friedlichen Proteste zu erklären. Zudem artikulierte Ghonim Strategien zum Umgang mit Medienvertretern, um Journalisten nicht zu „verprellen“ bzw. diese sogar zu „gewinnen“ (We are all Khaled Said, 24.6.2010). Es fand quasi eine Ko-Orientierung an den privaten Medien wie der Zeitung *Al-Masry Al-Youm* statt, die ebenso Reformlösungen forderte wie das „sofortige Ende des Notstandsgesetzes“, sowie die Reformierung des Polizeiapparats (Al-Masry Al-Youm, 15.6.2010).

Al-Masry Al-Youm und *We are all Khaled Said* sahen eine baldige Änderung des politischen Systems als Lösung, und der Fall Khaled Said sollte also Anlass sein, grundlegende Reformen einzuleiten. Im späteren Verlauf der Themenkarriere, vor allem nach der Flucht des damaligen tunesischen Präsidenten Ben Ali, stach aber die Lösung „Revolution anstelle von Reform“ in den aktivistischen Medien eher heraus (We are all Khaled Said, 16.1.2011)

6. Fazit

Die Ergebnisse legen einen erfolgreichen Agenda-Building-Prozess ägyptischer Aktivisten rund um den Fall von Khaled Said nahe. Die Aktivisten nutzten die durch die Liberalisierung im Medienbereich entstehenden Freiräume, um ein für weite Teile der Bevölkerung relevantes Thema zur Delegitimierung des Regimes aufzubauen. Die Liberalisierung bestand nicht nur darin, dass von den Aktivisten eigene Mediendiskurse mittels des Internets dezentral produziert werden konnten, sondern war vor allem dadurch gekennzeichnet, dass sich mit privatwirtschaftlich organisierten Massenmedien auch ein neuer Resonanzboden etabliert hatte, der eine breite Öffentlichkeit und Entscheidungsträger erreichen konnte. *Al-Masry Al-Youm* übertrug das Thema von marginalisierten Öffentlichkeiten in die Sphäre der Mainstream-Öffentlichkeit. Diese Resonanz resultierte einerseits aus dem journalistischen Streben heraus, nach einer professionellen Nachrichtenlogik zu handeln, und andererseits aus der aktivistischen Logik, Aufmerksamkeit durch Normstörung zu erzeugen.

Mit ihren Aktionen wie Protesten beeinflussten die Aktivisten die Medienagenda nachhaltig. Der „Lärm“, den sie machten, war zu „laut“, um ignoriert zu werden – insbesondere von einer an professioneller Nachrichtenberichterstattung und kommerziellem Erfolg interessierten Zeitung. Durch diesen Mechanismus wurde die Sichtbarkeit des Themas Polizeifolter massiv erhöht, und damit wuchs auch der Druck auf das Regime, auf die Herausforderungen diskursiv und mit politischen Handlungen reagieren zu müssen.

Die Ergebnisse liefern empirische Belege für erfolgreiche Agenda-Building-Bemühungen unter zwar semi-liberalisierten, aber doch autoritären Rahmenbedingungen. Im vorliegenden Fall ließ sich zeigen, dass gegenüber aktivistischen Diskursen rezeptivere Massenmedien allerdings eine wesentliche Grundlage sind, um die Vormachtstellung staatsnaher und gegenüber oppositionellen Stimmen wenig rezeptiver Medien auszuhebeln.

Das Bemühen um kollektive Selbstbestimmung von Aktivisten gegenüber einem dominanten autoritären Staat lässt sich mithin auch im Kontext einer Auseinandersetzung um Zugang zu Öffentlichkeit und um Deutungshoheit über öffentliche Diskurse verorten. Der Ansatz des Agenda-Building bietet dabei eine kommunikationswissenschaftliche Brücke in die Forschung zu sozialen Bewegungen, die als zentral für das Ringen

um zivilgesellschaftliche Souveränität in politischen Systemen angesehen werden können.

Die hier vorgetragenen Überlegungen können für die weitere Erforschung und den Vergleich von Themenkarrieren marginalisierter Themen unter autoritären Rahmenbedingungen genutzt werden. Zentral ist dafür eine Überprüfung der tatsächlichen Handlungsspielräume der Aktivisten in den untersuchten Systemen. Eine rein technologiefokussierte Perspektive wäre dafür nicht hilfreich, zeigt sich doch beispielsweise aktuell in Ägypten, dass die digitale Technik deutlich ausgefeilter und verbreiteter ist als noch 2010, die Repression aber so stark ist, dass für viele Aktivisten die Kosten für eine Herausforderung des Regimes zu hoch scheinen. Interessant ist auch, dass das Regime „gelernt“ hat und die meisten privat-wirtschaftlich organisierten Medien von mit dem Regime affilierten Stroh Männern oder gleich den Sicherheitsdiensten übernommen wurden (Ali, 2017). Es sind mithin die spezifischen politischen und mediensystemischen Rahmenbedingungen, die bei einer Analyse berücksichtigt werden müssen. Gleichwohl sollte man – und dies zeigt der Beitrag eindrucklich – von der Vorstellung Abstand nehmen, kollektive Artikulation gegen staatliche Strukturen könne sich in autoritären Systemen nicht materialisieren.

Literaturverzeichnis

- Abdel Aziz, B. (2007): Torture in Egypt. *Torture* 17(1): 48–52.
- Abdulla, R. (2011): The Revolution will be Tweeted. *The Cairo Review of Global Affairs* 1(3): 41–49.
- Alaimo, K. (2015): How the Facebook Arabic Page ‘We Are All Khaled Said’ Helped Promote the Egyptian Revolution. *Social Media + Society* 1(2): 1–10.
- Ali, N. (2017): Egypt: New Private TV Channel Funded by the Army and Owned by Generals. *Middle East Observer*. <https://www.middleeastobserver.org/2017/03/09/egypt-new-private-tv-channel-funded-by-the-army-and-owned-by-generals> [10.10.2018].
- Ali, A. & El-Sharnouby, D. (2014): Distorting Digital Citizenship: Khaled Said, Facebook, and Egypt’s Streets. In: Herrera, L. & Sakr, R. (Hrsg.), *Wired Citizenship: Youth Learning and Activism in the Middle East*. New York/London: Routledge, 89–101.
- Al-Nadeem Center (2010): *Erzählungen von Bürgern Alexandrias aus Polizeistationen* (in Arabisch). www.alnadeem.org/file/198/download?token=JJWEWd0x [10.10.2018].
- Antonakis, A. (2012): *Der Quelltext der „Tunesischen Revolution“ – Partizipation in der Gegenöffentlichkeit und an der Schnittstelle von virtuellen und realen Räumen: ein medienanalytischer Zugang*. Working Paper No. 5, Center for North African and Middle Eastern Politics, Freie Universität Berlin. http://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/international/vorder-er-orient/publikation/working_papers/wp_05/WP5_Antonakis_FINAL_web.pdf [10.10.2018].
- Azimi, N. (2007): Bloggers Against Torture. *The Nation*. <https://www.thenation.com/article/bloggers-against-torture> [10.10.2018].
- Badr, H. (2013): Battleground Facebook: Contestation Mechanisms in Egypt’s 2011 Revolution 2011. In: Berenger, R. (Hrsg.), *Social Media Go to War: Rage, Rebellion and Revolution in the Age of Twitter*. Spokane: Marquette Books, 399–422.
- Buckner, E. & Khatib, L. (2014): The Martyrs’ Revolutions. The Role of Martyrs in the Arab Spring. *British Journal of Middle Eastern Studies* 41 (4): 368–384.
- Burkhardt, G. & Older, S. (2003): *The Information Revolution in the Middle East and North Africa*. Santa Monica: RAND-Corporation.
- Chadwick, A. (2017): *The Hybrid Media System*. New York: Oxford University Press.
- Cobb, R. & Elder, C. (1971): The Politics of Agenda-Building: An Alternative Perspective for Modern Democratic Theory. *The Journal of Politics* 33(4): 892–915.
- Dahlberg, L. (2011): Re-constructing Digital Democracy: An Outline of Four ‘Positions’. *New Media & Society* 13(6): 855–872.

- Downey, J. & Fenton, N. (2003): New Media, Counter Publicity and the Public Sphere. *New Media & Society* 5(2): 185–202.
- Etling, B., Kelly, J., Faris, R. & Palfrey, J. (2010): Mapping the Arabic Blogosphere: Politics and Dissent Online. *New Media & Society* 12(8): 1225–1243.
- Fenton, N. (2015): Left out? Digital Media, Radical Politics and Social Change. *Information, Communication & Society* 19(3): 346–361.
- Freedom House (2017): *Egypt County Profile*. <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2017/egypt> [10.10.2018].
- Funk, M. J. & McCombs, M. (2015): Strangers on a Theoretical Train. *Journalism Studies* 20(1): 1–21.
- Gerbaudo, P. (2015): Protest Avatars as Memetic Signifiers. *Information, Communication & Society* 18(8): 916–929.
- Ghonim, W. (2012): *Revolution 2.0* (in Arabisch). Cairo: Shorouk.
- Hamdy, N. (2009): Arab Citizen Journalism in Action: Challenging Mainstream Media, Authorities and Media Laws. *Westminster Papers in Communication and Culture* 6(1): 92–112.
- Human Rights Watch (2010): *Egypt: Prosecute Police in Beating Death*. www.hrw.org/news/2010/06/24/egypt-prosecute-police-beating-death [10.10.2018].
- Hussain, M. M. & Howard, P. N. (2013): What Best Explains Successful Protest Cascades? ICTs and the Fuzzy Causes of the Arab Spring. *International Studies Review* 15(1): 48–66.
- Ismail, S. (2012): The Egyptian Revolution Against the Police. *Social Research* 79(2): 435–462.
- International Telecommunication Union (ITU) (2011) *ICT-Eye*. <http://www.itu.int/ITU-D/ICT-EYE/Indicators/Indicators.aspx> [10.10.2018].
- Khalil, H. M. (2013): Access Denied: Institutional Barriers to Justice for Victims of Torture in Egypt. *Torture* 23(1): 28–46.
- Khamis, S. & Vaughn, K. (2011): We are all Khaled Said: The Potentials and Limitations of Cyberactivism in Triggering Public Mobilization and Promoting Political Change. *Journal of Arab & Muslim Media Research* 4(2/3): 145–163.
- Kuckartz, U. (2016): *Qualitative Inhaltsanalyse: Methoden, Praxis, Computerunterstützung*. Weinheim: Beltz.
- Ladwig, B. (2014): Menschenrechte, Institutionen und moralische Arbeitsteilung. *Politische Vierteljahresschrift* 55(3): 472–492.
- Lilleker, D. G. & Koc-Michalska, K. (2017): What Drives Political Participation? Motivations and Mobilization in a Digital Age. *Political Communication* 34(1): 21–43.
- Mathes, R. & Pfetsch, B. (1991): The Role of the Alternative Press in the Agenda-Building Process. Spill-over Effects and Media Opinion Leadership. *European Journal of Communication* 6(1): 33–62.
- Mayring, P. (2016): *Einführung in die qualitative Sozialforschung: eine Anleitung zu qualitativem Denken*. Weinheim: Beltz.
- McCombs, M., Shaw, D. L. & Weaver, D. (2014): New Directions in Agenda-Setting Theory and Research. *Mass Communication and Society* 17(6): 781–802.
- Meraz, S. (2011): The Fight for ‘How to Think’: Traditional Media, Social Networks, and Issue Interpretation. *Journalism* 12(1): 107–127.
- Mittermaier, A. (2014): Death and Martyrdom in the Arab Uprisings. *Ethnos* 80(5): 583–604.
- Moorehead, C. (2005): In the Name of Security. *Index on Censorship* 34(1): 31–36.
- Morayef, H. (2015): Reexamining Human Rights Change in Egypt. *Middle East Report* 274. <http://www.merip.org/mer/mer274/reexamining-human-rights-change-egypt> [10.10.2018].
- Pfetsch, B. & Adam, S. (2011): Media Agenda Building in Online and Offline Media – Comparing Issues and Countries. Research Paper presented at the 6th ECPR General Conference, University of Iceland, Reykjavik. <https://ecpr.eu/filestore/paperproposal/748a2f64-cb7f-4beb-903f-9f21173c21b6.pdf> [10.10.2018].
- Pfetsch, B., Adam, S. & Bennett, W. L. (2013): The Critical Linkage between Online and Offline Media. An Approach to Researching the Conditions of Issue Spill-Over. *Javnost – The Public* 20(3): 9–22.

- Radsch, C. (2014): From Brotherhood to Blogosphere: Dynamics of Cyberactivism and Identity in the Egyptian Ikhwan. In: Hudson, L., Iskandar, A. & Kirk, M. (Hrsg.), *Media Evolution on the Eve of the Arab Spring*. London: Palgrave Macmillan, 75–99.
- Raschke, J. (1988): *Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriss*. Frankfurt/M.: Campus.
- Rauchfleisch, A. & Kovic, M. (2016): The Internet and Generalized Functions of the Public Sphere: Transformative Potentials from a Comparative Perspective. *Social Media + Society* 2(2): 1–15.
- Richter, C. (2011): *Medienstrategien ägyptischer Islamisten im Kontext von Demokratisierung*. Berlin: Frank & Timme.
- Richter, C. (2012): Liberalisierungsprozesse im ägyptischen Mediensystem und ihre Bedeutung für den politischen Umbruch 2011. In: Albrecht, H. & Demmelhuber, T. (Hrsg.), *Revolution und Regimewandel in Ägypten*. Baden-Baden: Nomos, 143–162.
- Röder-Tzellos, M. (2014): *Demokratisches Engagement und soziale Medien: Medienbasierte Beteiligungsformen im Kontext der Demokratiebewegung in Ägypten 2011*. Unveröffentlichte Dissertation, Universität Mannheim.
- Roll, S. (2013): *Egypt's Business Elite after Mubarak*. SWP Research Paper, Stiftung Wissenschaft und Politik. https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/research_papers/2013_RP08_rll.pdf [10.10.2018].
- Rucht, D. (1994): Öffentlichkeit als Mobilisierungsfaktor für soziale Bewegungen. In: Neidhardt, F. (Hrsg.), *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 337–358.
- Rucht, D. (2016): Changes of Protest Groups' Media Strategies from a Long-Term Perspective. In: Fahlenbrach, K., Sivertsen, E. & Werenskjold, R. (Hrsg.), *Media and Revolt: Strategies and Performances from the 1960s to the Present*. Oxford: Berghahn, 19–40.
- Sakr, N. (2013): Social Media, Television Talk Shows, and Political Change in Egypt. *Television and New Media* 14(4): 322–337.
- Schäfer, J. (2009): *Protest in Ägypten: Wie Al-Jazeera und andere Medien die Kifaya-Bewegung möglich machten*. Berlin: Frank & Timme.
- Skovgaard-Petersen, J. (2006): Democratization and the New Arab Media. In: Jung, D. (Hrsg.), *Democratization and Development. New Political Strategies for the Middle East*. New York: Palgrave Macmillan, 83–100.
- Soliman, S. (2011): *The Autumn of Dictatorship: Fiscal Crisis and Political Change in Egypt under Mubarak*. Stanford: Stanford University Press.
- Tilly, C. & Tarrow, S. (2007): *Contentious Politics*. London: Paradigm Publishers.
- Tufekci, Z. (2013): Not This One: Social Movements, the Attention Economy, and Microcelebrity Networked Activism. *American Behavioral Scientist* 57(7): 848–870.
- Voltmer, K. (2013): *The Media in Transitional Democracies*. Cambridge: Polity Press.
- Vonbun, R., Kleinen-von Königslöw, K. & Schoenbach, K. (2016): Intermedia Agenda-Setting in a Multimedia News Environment. *Journalism* 17(8): 1054–1073.
- Walgrave, S. & Vliegenthart, R. (2012): The Complex Agenda-Setting Power of Protest: Demonstrations, Media, Parliament, Government, and Legislation in Belgium, 1993–2000. *Mobilization* 17(2): 129–156.
- Weipert-Fenner, I. (2013): Wegbereiter oder treibende Kraft? Die Rolle der Arbeiter in der ägyptischen Revolution. In: Demmelhuber, T. & Albrecht, H. (Hrsg.), *Kifaya 2.0. Revolution und Regimewandel in Ägypten*. Baden-Baden: Nomos, 209–233.
- Wolfsfeld, G., Segev, E. & Sheafer, T. (2013): Social Media and the Arab Spring: Politics Comes First. *The International Journal of Press/Politics* 18(2): 115–137.
- Zhou, Y. & Moy, P. (2007): Parsing Framing Processes: The Interplay between Online Public Opinion and Media Coverage. *Journal of Communication* 57(1): 79–98.